Verfahren gemäß § 51 Wasserhaushaltsgesetz zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Born

Begründung für die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes

1. Allgemeiner Teil

Die Festsetzung von Wasserschutzgebieten (WSG) dient angesichts der Bedeutung des Trinkwassers als unverzichtbarer Bestandteil der Nahrung und der zunehmenden Belastung der Gewässer dazu, ausgewählte Gebiete im Umfeld von Trinkwassergewinnungsanlagen einem besonderen, über die allgemeine wasserwirtschaftliche Benutzungsordnung hinausgehenden Schutz zu unterstellen.

Gemäß § 51 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes können Wasserschutzgebiete festgesetzt werden, soweit es das Wohl der Allgemeinheit erfordert. Gewässer sind im Interesse der derzeit bestehenden oder künftigen öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen.

Gemäß § 52 Absatz 1 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes können in Wasserschutzgebieten bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden. Weiterhin kann festgelegt werden, dass Eigentümer oder Nutzungsberechtigte von Grundstücken bestimmte Handlungen vorzunehmen und Maßnahmen zu dulden haben, soweit der Schutzzweck dies erfordert.

Mit der Verordnung wird im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Born ein neues Schutzgebiet festgesetzt. Gleichzeitig tritt das dort bereits bestehende Wasserschutzgebiet außer Kraft und wird aus Gründen der Rechtsklarheit formell mit dieser Verordnung aufgehoben. Der Erlass der Verordnung ist aus den nachfolgend genannten Gründen erforderlich.

Das Wasserwerk Born der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH befindet sich nordöstlich der Gemeinde Born. Mit den vorhandenen 2 Brunnen versorgt das Wasserwerk mit einer genehmigten mittleren Entnahmemenge von 25 m³/d ca. 230 Einwohner der Gemeinde Born.

Das derzeit vorhandene Wasserschutzgebiet Born beruht auf dem Beschluss Nr. 0051 des Kreistages Haldensleben vom 09.09.1981 zu den „Festlegungen von Schutzgebieten für die Wasserentnahme aus dem Grundwasser zur Trinkwasserversorgung im Kreis Haldensleben“ hier: Punkt 12 Wasserwerk Born. Die auf Grund des Beschlusses geltenden Schutzbestimmungen können gegenwärtig und zukünftig keinen ausreichenden Schutz des Wasservorkommens gewährleisten. Die Ursachen hierfür liegen unter anderem darin, dass sich die Risikopotentiale für Grundwasserverschmutzungen für das Einzugsgebiet geändert haben.

Es wird auch angenommen, dass zum Zeitpunkt der Beschlussfassung hohe Anforderungen an den Grundwasserschutz bewusst vermieden wurden, um die daraus resultierenden höheren Aufwendungen im Bereich der Wirtschaft und der Landwirtschaft weitgehend zu vermeiden. Deshalb bleiben auch viele der damals festgelegten Schutzbestimmungen hinter den heute im Bundesgebiet

flächendeckend (auch außerhalb von Schutzgebieten) geltenden Anforderungen zum Grundwasserschutz zurück.

Ebenso wie die unzureichenden Schutzbestimmungen war auch die Größe des Schutzgebietes prüfungsbedürftig. Die Grenzen des Wasserschutzgebietes wurden in einer Übersichtskarte dargestellt und verbal nicht näher beschrieben. Grundlage für die damalige Schutzgebietsfestsetzung war eine genehmigte Wasserentnahme vom max. 15.000 m³/a aus 4 Brunnen. Heute wird die benötigte Wassermenge (genehmigt 9.000 m³/a) aus 2 Brunnen entnommen.

Die Neubewertung des Schutzgebietes ergab, dass nach heutigen hydrogeologischen Erkenntnissen eine Neufestlegung der Schutzgebietsgrenzen zum Schutz des Grundwassers erfolgen muss. Die Größe des neu festgesetzten Schutzgebietes wurde anhand des hydrogeologischen Gutachtens vom 01.09.2022 festgelegt.

Durch den bestehenden Beschluss des Kreistages Haldensleben war der Vollzug in den zuständigen Behörden mit erheblichen Probleme verbunden.

Da das Wohl der Allgemeinheit im Sinne des § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes auch im Interesse der bestehenden öffentlichen Trinkwasserversorgung den besonderen Schutz des hierfür genutzten Grundwassers erfordert, ist bei der Aufhebung des bestehenden Trinkwasserschutzgebietes die Neufestsetzung eines Wasserschutzgebietes mit angepassten Anforderungen zum Grundwasserschutz erforderlich. Das genutzte Wasservorkommen ist schutzwürdig, schutzbedürftig und ohne unverhältnismäßige Belastung Dritter schutzfähig.

Mit den Schutzbestimmungen dieser Verordnung soll der erforderliche, in die Zukunft gerichtete Schutz des zur Trinkwassergewinnung genutzten Grundwassers erreicht werden, ohne dabei gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu verstoßen.

Durch die Schutzbestimmungen werden bestimmte Handlungen eingeschränkt oder verboten. Verstöße gegen die Schutzbestimmungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

Die Schutzbestimmungen gewährleisten insgesamt die notwendige Verringerung des Risikos einer Gefährdung der Trinkwassergewinnung auf ein vertretbares Maß. Somit ist das Wasservorkommen auch ohne unverhältnismäßige Belastung Dritter schutzfähig.

Für Wasserschutzgebiete gelten neben den Regelungen dieser Verordnung insbesondere folgende Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes:

1. Befreiungen

Gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz kann die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs- und Handlungspflichten einer Wasserschutzgebietsverordnung eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Sie hat eine Befreiung zu erteilen, soweit dies zur Vermeidung unzumutbarer Beschränkungen des Eigentums erforderlich ist und hierdurch der Schutzzweck nicht gefährdet wird.

2. Entschädigung und Ausgleich

Soweit Regelungen dieser Verordnung oder Anordnungen auf Grund dieser Verordnung das Eigentum unzumutbar beschränken und diese Beschränkung nicht durch eine Befreiung oder andere Maßnahmen vermieden oder ausgeglichen werden kann, ist gemäß § 52 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes eine Entschädigung zu leisten.

Soweit eine Regelung dieser Verordnung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstückes einschränken, ist für die dadurch verursachten wirtschaftlichen Nachteile ein angemessener Ausgleich (gemäß §75 Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt) zu leisten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht besteht.

Zu den einzelnen Festlegungen:

§ 1 – Geltungsbereich

(1) Allgemeiner Geltungsbereich: Es wird zunächst der Schutzzweck dieser Verordnung genannt. Gemäß § 51 Abs. 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes ist der Begünstigte in der Verordnung zu bezeichnen. Begünstigter ist derjenige, dessen Fassungsanlagen durch die Wasserschutzgebietsverordnung geschützt werden. Eigentümer der Fassungsanlagen ist die Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH.

(2) Gliederung des WSG in Schutzzonen: Gemäß § 51 Absatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sollen Trinkwasserschutzgebiete nach Maßgabe der allgemein anerkannten Regeln der Technik in Zonen mit unterschiedlichen Schutzbestimmungen unterteilt werden. Die Gliederung des Trinkwasserschutzgebietes erfolgt nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 101 „Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete, I.Teil: Schutzgebiete für Grundwasser“. Mit der Gliederung wird berücksichtigt, dass die Gefahr für das Grundwasser –außer bei flächenhaften Einträgen- allgemein mit zunehmenden Abstand des Gefahrenherdes von der Trinkwassergewinnungsanlage abnimmt.

Die in der Schutzzone III geltenden Bestimmungen sollen den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder nur schwer abbaubaren chemischen oder vor radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.

Die in der Schutzzone II geltenden Bestimmungen sollen den Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z.B. Bakterien, Viren, Parasiten, und Wurmeier) sowie vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und -strecke zum Brunnen gefährlich sind.

Die in der Schutzzone I geltenden Bestimmungen sollen den Schutz der Brunnen und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten.

(3) Lage der Schutzzonen des WSG: Die Bemessung der Größe und somit der Grenzen der einzelnen Zonen basieren auf dem hydrogeologischen Gutachten der GCI GmbH vom 01.09.2022.

Die durch das Fachgutachten vorgegebenen theoretischen Grenzen der Zonen müssen an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden, um eine möglichst unkomplizierte Identifizierung der Schutzzongrenzen im Gelände und in den Karten zu ermöglichen. Dazu wurden markante Geländestrukturen wie Wege oder Straßen genutzt.

Wo keine geeigneten topografischen Merkmale zur Verfügung standen, wurden Grundstücksgrenzen, aber auch geometrische Hilfsstrukturen, wie Verbindungslinien zwischen topographischen Merkmalen verwendet.

Eine optimale Anpassung der an die örtlichen Gegebenheiten war nicht immer möglich.

Im nordöstlichen Bereich der Schutzzone II waren weder örtliche Gegebenheiten noch Grundstücksgrenzen vorhanden, die den durch das Gutachten vorgegebenen theoretischen Grenzen entsprechen, hier mussten geometrische Hilfskonstruktionen genutzt werden.

Die Grenzen der Schutzzone III weichen von der optimalen Abgrenzung der Schutzzonen gemäß Gutachten ab, hier wurden zum Zweck der besseren Orientierung im Gelände die entsprechenden Waldabschnitte vollständig in die Schutzzone aufgenommen. Es wurde stets das Schutzziel der Verordnung einerseits und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz andererseits berücksichtigt.

Die wörtliche Beschreibung der Schutzgebietsgrenzen ist in der Verordnung formuliert.

(4) Darstellung der Schutzzonen in Karten: Zur Information über die Schutzzongrenzen dient die Übersichtskarte der Anlage 2.

(5) Verwahrung der Verordnung: Die Einsichtnahme der Verordnung sowie der Detailpläne wird gewährleistet durch das Vorliegen der Verordnung in der betroffenen Gemeinde sowie in der zuständigen Behörde.

§§2 und 3 und Anlage 3

Die Gefahr für das genutzte Grundwasser nimmt allgemein mit größerer Nähe des Gefahrenherdes zu den Brunnen hin zu. Deshalb muss der Umfang der Verbote von Zone I zu Zone III hin abnehmen. Innerhalb einer Zone gibt es keine Abstufung der Verbote.

Die einzelnen Schutzbestimmungen dieser Verordnung (siehe Anlage 3) können auch den Bestandsschutz rechtmäßig vorhandener Anlagen berühren. Bestimmte Schutzbestimmungen wirken so, dass Vorhaben unter erhöhten Anforderungen zum Grundwasserschutz möglich sind. Bestimmte Handlungen werden verboten oder eingeschränkt.

Die formulierten Schutzbestimmungen orientieren sich an den Empfehlungen des DVGW Arbeitsblattes W 101 sowie an der aktuellen Musterschutzgebietsverordnung für das Land Sachsen-Anhalt. Die hier getroffenen Verbote und Beschränkungen sind auf den Einzelfall (Wasserschutzgebiet Born) zugeschnitten.

Im Rahmen des Verfahrens zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Born wird die Wasserbehörde auf die unterschiedlichen Nutzungsinteressen und Belange des Allgemeinwohls eingehend abwägen.

§ 4 – Duldungs- und Handlungspflichten

Hier werden sowohl die Pflichten des Wasserversorgungsunternehmens als auch die Handlungs- und Duldungspflichten der EigentümerInnen und Nutzungsberechtigten der Grundstücke benannt.

Die Verordnung ermächtigt die untere Wasserbehörde gemäß § 52 Abs. 1 Nummer 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, dem Begünstigten aufzugeben, z.B. die Zone I des Schutzgebietes einzuzäunen, das Wasserschutzgebiet entsprechend der Zonen ausreichend zu beschildern und das Grundwasser im Einzugsbereich zu untersuchen.

Gemäß § 52 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz werden die EigentümerInnen und die Nutzungsberechtigten zu bestimmten Handlungen und Duldungen verpflichtet. Die hier formulierten Handlungen entsprechen u.a. denen der Musterschutzgebietsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Die wasserbehördliche Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen ist zur Durchsetzung des mit der Verordnung angestrebten besonderen Gewässerschutzes unabdingbar. Weiterhin ist es für das rechtzeitige Erkennen von Gefahren für die öffentliche Wasserversorgung wichtig, dass Gewässer und Boden beobachtet werden.

§ 5 – Befreiung von Schutzbestimmungen

Gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 Wasserhaushaltsgesetz kann die zuständige Behörde von den Verboten, Beschränkungen, sowie Duldungs- und Handlungspflichten eine Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern.

Diese Regelung ermöglicht Ausnahmen von den Bestimmungen (Einzelfallentscheidungen), soweit sie unschädlich für den Schutzzweck sind.

§ 6 – Übergangsbestimmungen

Auch rechtmäßig bestehende Anlagen und durchgeführte Handlungen bedürfen einer Anpassung, sofern sie nach dieser Verordnung Verboten oder Beschränkungen unterliegen, da sonst eine Gefährdung des Grundwassers zu befürchten ist.

Voraussetzung für die Genehmigung bzw. Befreiung von bestimmten Verboten bzw. Beschränkungen ist, dass der Schutzgebietzweck und somit das Wohl der Allgemeinheit nicht gefährdet ist.

§ 7 – Ordnungswidrigkeiten

Da die untere Wasserbehörde für die rechtliche Prüfung vorhandener Anlagen und für die Anpassung an die Vorschriften der Verordnung zuständig sind, ist diese nicht für die Verhängung von Ordnungswidrigkeiten zuständig.

Absatz 2 entspricht § 114 Abs. 4 Wassergesetz des Landes Sachsen-Anhalt.

§ 8 – Abgrenzung zu anderen Rechtsgebieten

Diese Verordnung basiert auf dem Wasserhaushaltsgesetz i.V.m. den landesspezifischen Regelungen. Da auf andere Rechtsbereiche hier nicht zugegriffen werden kann, bleiben die nach anderen Rechtsvorschriften bestehenden Anzeige-, Handlungs-, Duldungs-, Zulassungs- oder Aufzeichnungspflichten sowie Verbote oder Beschränkungen von den Bestimmungen dieser Verordnung unberührt.

§ 9 – Sprachliche Gleichstellung

Die Verwendung von Wortwendungen nur eines Geschlechts erfolgt zur Vereinfachung der Formulierungen.

§ 10 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Die gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Verordnung erfolgte Aufhebung des mit Beschluss Nr. 0051 des Kreistages Haldensleben vom 09.09.1981 zu den „Festlegungen von Schutzgebieten für die Wasserentnahme aus dem Grundwasser zur Trinkwasserversorgung im Kreis Haldensleben“ - hier: Punkt 12 Wasserwerk Born festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Born dient der Rechtsbereinigung.